

# BUNDESTAG AKTUELL

## Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 10. Februar 2010

### **Investitionen in Bildung bringen höhere Rendite als Aktien**

Investitionen in Bildung lohnen sich deutlich mehr als bisher angenommen. Wer während einer längeren und aufwendigeren Ausbildung auf mögliches Gehalt verzichtet, erhält später umso mehr, in Einzelfällen sogar doppelt so viel. Im Durchschnitt liegen die privaten Bildungsrenditen bei sechs bis zehn Prozent und damit höher als die durchschnittlichen Renditen der meisten Geldanlageformen. Zudem senkt ein höheres Ausbildungsniveau das Risiko der Arbeitslosigkeit signifikant.

Auch der Staat erhält über höhere Steuereinnahmen eine Bildungsrendite von durchschnittlich 7 Prozent.

### **Mehr als eine Million Arbeitsplätze durch Kurzarbeit und flexible Arbeitszeiten gesichert**

Dank flexibler Arbeitszeiten und des Instruments der Kurzarbeit sind in Deutschland 2009 rund 1,2 Millionen Jobs gesichert worden. Insgesamt ist die durchschnittliche Jahresarbeitszeit krisenbedingt um 3,2 Prozent zurückgegangen.

Die Zahl der Kurzarbeiter stieg 2009 sprunghaft an und lag im Jahresdurchschnitt über einer Million. Bei ihnen fiel gut ein Drittel der normalen Arbeitszeit aus. Auf alle Arbeitnehmer umgerechnet waren es jährlich 15,5 Arbeitsstunden, nach 1,8 Stunden im Jahr 2008. Der Stand auf den Arbeitszeitkonten ist im Jahresverlauf 2009 um 9,3 Stunden je Arbeitnehmer abgeschmolzen. Kräftig abgenommen hat auch die bezahlte Mehrarbeit. Je Arbeitnehmer wurden 13 bezahlte Überstunden weniger geleistet als im Jahr 2008.

### **Diskussion beim Nordwestradio über die Lage der Kommunen**

Am Mittwoch hat das Nordwestradio die Sendereihe „Nordwestradio unterwegs“ aus Kirchlinteln ausgestrahlt. Thema der Sendung war „Droht Kommunen wie Kirchlinteln der Kollaps? Die Finanzkrise von Städten und Gemeinden“. Die Nordwestradio-Redaktion hatte mich als Gesprächsgast für diese Live-Sendung angefragt. Ich wurde in meiner Eigenschaft als ehemaliger Bürgermeister Langwedels und als Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages zur Diskussionsrunde gebeten.



Leider konnte ich nicht vor Ort in Verden mit den anderen Gesprächsgästen diskutieren, wurde aber dank der modernen Technik aus dem ARD-Hauptstadtstudio zugeschaltet.

In der Diskussionsrunde ging es hauptsächlich um die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die kommunalen Haushalte. Es wurde außerdem diskutiert, welche Be- und Entlastungen die bundespolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise (Konjunkturpakete I und II sowie Wachstumsbeschleunigungsgesetz) für die Kommunalfinanzen bedeuten.

---

## 100 erfolgreiche Tage für Deutschland

Die christlich-liberale Bundesregierung hat in den ersten drei Monaten die Politik der Krisenbekämpfung entschieden und erfolgreich fortgesetzt, gleichzeitig aber auch neue politische Spielräume genutzt, die sich durch den Koalitionswechsel ergeben haben. Insbesondere unser wachstumsstimulierendes Sofortprogramm wäre mit der SPD nicht möglich gewesen.

Wir haben vor dem Hintergrund der schweren Wirtschaftskrise keine Zeit verloren und die Regelungen zur Kurzarbeit verlängert, so dass den Arbeitgebern, die trotz unsicherer Erwartungen keine Entlassungen vornehmen, Planungssicherheit gegeben wird. Ohne eine solche neue Regelung würde die Bezugsfrist für Kurzarbeit, die 2010 begonnen wird, lediglich maximal sechs Monate betragen. Ebenfalls fortgeführt werden die besonderen Erleichterungen im Bereich der Kurzarbeit, so z. B. die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge.

Mit dem Sozialversicherungsstabilisierungsgesetz spannen wir einen weiteren Schutzschirm für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Ohne dieses Gesetz müssten die Beiträge in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung steigen, was angesichts der ohnehin schon hohen Belastungen der Unternehmen zahlreiche Entlassungen zur Folge hätte.

Dank unserer Politik ist es gelungen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Krise auf ein Minimum zu begrenzen. Kein anderes Industrieland hat infolge der weltweiten Wirtschaftskrise einen stabileren Arbeitsmarkt als wir.

Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz haben wir weitere Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger durchgesetzt sowie wichti-

ge Wachstumsimpulse gegeben. Besondere Nutznießer dieser Maßnahmen sind die Familien. Dank der Steuersenkungen und gleichzeitiger Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge haben sie seit Januar dieses Jahres deutlich mehr Geld in der Tasche. So kann etwa eine vierköpfige Familie mit einem Haushaltseinkommen von 54.000 Euro über rund 1.600 Euro mehr verfügen.

Zudem erleichtern es die steuerpolitischen Neuregelungen im Bereich der Unternehmens-, Gewerbe- und Erbschaftssteuer den Unternehmen, mit den Auswirkungen der Krise fertig zu werden.

Wir haben klare Ziele und feste Überzeugungen. Wir sind fest entschlossen, unser Land durch mutige Politik auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten.

---

### Der Euro muss stabil bleiben

Mit Sorge betrachten wir die aktuelle wirtschaftliche und finanzpolitische Entwicklung in Griechenland. Die Neuverschuldung des griechischen Staatshaushalts hat mit 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts einen Rekordstand erreicht. Die Europäische Kommission hat Griechenland der verschärften haushalts- und wirtschaftspolitischen Überwachung unterstellt. Die EU-Kommission leitete wegen geschönter statistischer Angaben ein Vertragsverlet-

zungsverfahren ein. Bis 2012 hat Griechenland Zeit, sein gravierendes Staatsdefizit in den Griff zu bekommen.

Nur mit einer stabilitätsorientierten Haushaltspolitik aller Mitgliedstaaten der Eurozone können wir den Euro stabil halten. Diese Einsicht muss auf den anstehenden Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs und der EU-Finanzminister noch einmal sehr deutlich gemacht werden.

Die Voraussetzungen hierfür sind in der Eurozone vergleichsweise besser als andernorts. Während der Internationale Währungsfonds für Länder wie die USA und Japan für 2010 Haushaltsdefizite von 10 Prozent erwartet, werden für den Euroraum nur 6 Prozent prognostiziert.

Dies alles zeigt, der Euro hat gute Chancen, eine harte Währung zu bleiben.

---

#### Büro Berlin:

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030/227-71322  
Fax: 030/227-76932

Email: [andreas.mattfeldt@bundestag.de](mailto:andreas.mattfeldt@bundestag.de)  
Internet: [www.andreas-mattfeldt.de](http://www.andreas-mattfeldt.de)  
Redaktion: Tatjana Range